## Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord

## Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz Montabaur

Az.: 33 – WSG 660 192-25

Bearbeiter: Theresa Forst theresa.forst@sgdnord.rlp.de

02602 / 152 - 4116

Telefon: 02602/152 - Telefax: 02602/152100

Fax (persönlich): 0261/120-888-

e-Mail: @sgdnord.rlp.de

Montabaur, 16.01.2024

### Referat 33 → Referat 21a

**Errichtung eines Windparks an der A 3**

**Hier: Zuwegungen innerhalb der Schutzzone III des festgesetzten Wasserschutzgebietes „Brunnen Kleinmaischeid 1-3“, WSG-Nr.: 403 660 192;**

**Lage: Gemarkung Kleinmaischeid, Flur 2, Flurstücke 21/4, 20/6, 52/12 (tw.)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

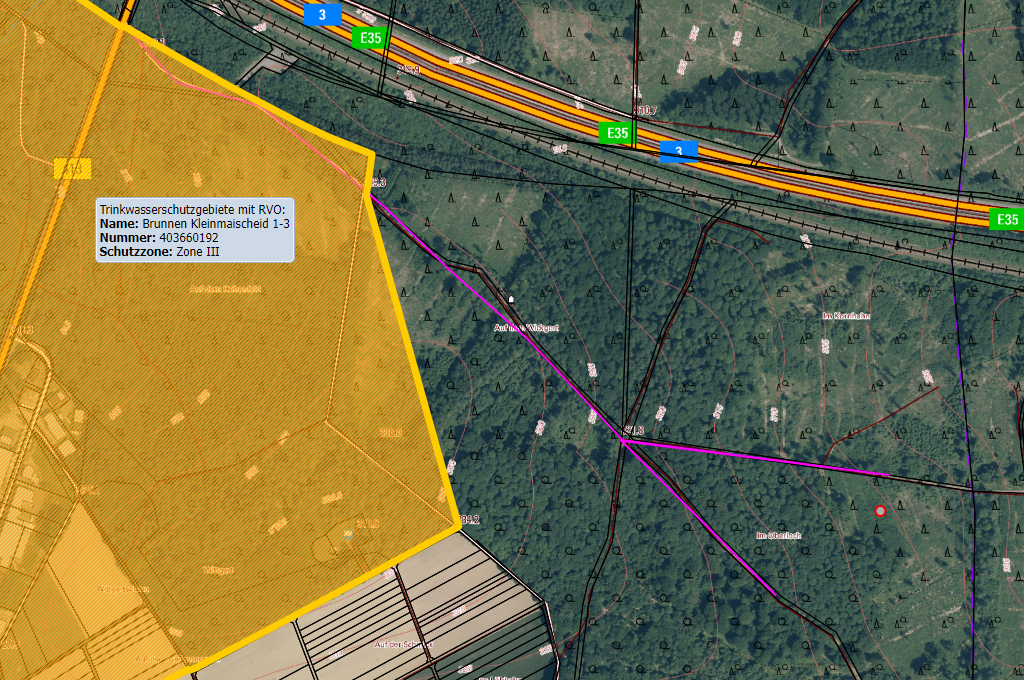
sehr geehrte Frau Neubauer,

mit E-Mail vom 05.01.2024 haben Sie uns am o.g. Verfahren beteiligt und entsprechende Übersichtskarten übersendet.

Von den Windkraftanlagen selbst sind keine festgesetzten, abgegrenzten oder in Entwurf befindlichen Wasserschutzgebiete betroffen. Mit der Errichtung der Anlagen gehen aber noch weitere Eingriffe einher:

* Bau und Anbindung erforderlicher Zuwegungen/Straßen
* Bau und Anbindung erforderlicher Kabeltrassen
* Ggf. Rodungen von forstwirtschaftlichen Flächen und temporären Baustellenflächen

Aus dem u.s. Lageplan geht hervor, dass rund 370 m der geplanten Zuwegung (pinke Linie) zu den Winderenergieanlagen 5 bis 9 innerhalb der Schutzzone III des mit Rechtsverordnung (RVO) vom 27.04.1987 festgesetzten Wasserschutzgebietes Brunnen Kleinmaischeid 1-3 liegen:



Die Schutzzone III (Weitere Schutzzone) soll in Anlehnung an das DVGW- Arbeitsblatt W 101, Stand: März 2021, den Schutz des genutzten Grundwassers vor weitreichenden Beeinträchtigungen, insbesondere durch nicht oder nur schwer abbaubare Stoffe, gewährleisten.

Im vorliegenden Fall sollen für die Errichtung und das spätere Erreichen der Windkraftanlagen bestehende Forst- und Wirtschaftswege ausgebaut werden. Der betroffene Bereich der Schutzzone III ist aktuell durch Baumbestände geprägt. Es ist unklar, inwiefern zur Herstellung der erforderlichen Zuwegung Rodungsarbeiten erforderlich werden.

Rodungen sollten grundsätzlich nur punktuell durchgeführt und auf ein Mindestmaß reduziert werden.

Sofern Leitungstrassen innerhalb der Schutzzone III geplant sind, ist der Eingriff hierfür auf ein unabdingbares Maß zu reduzieren. Es dürfen keine vertikalen oder horizontalen Fließwege geschaffen werden. Entlang von Leitungen sind Querriegel in der Schotterpackung vorzusehen.

Um eine ordnungsgemäße und gefahrlose Andienung der Windenergieanlagen-Standorte zu gewährleisten, ist es zwingend erforderlich eine ausreichende Gesamtwegbreite sicherzustellen.

Zur Herstellung neuer Wege ist neben dem Wiedereinbau der anfallenden Aushubmassen ausschließlich der Einbau von natürlichem und unbelastetem Liefermaterial zulässig. Die nachfolgend dazu aufgeführten Vorgaben sind zu beachten.

Eine Rodung einschließlich einer Entfernung der Wurzelteller ist lediglich punktuell zulässig. Im Bereich von Kurven (Überschwenkbereichen) müssen die Wurzelteller im Boden verbleiben.

Der geplanten Maßnahme kann unter Beachtung der nachstehend aufgeführten Nebenbestimmungen aus wasserwirtschaftlicher Sicht zugestimmt werden:

**Nebenbestimmungen zur** **Errichtung von Kabeltrassen, Zuwegungen und Baustellenflächen in Wasserschutzgebieten**

1. Es ist sicherzustellen, dass bei Vorbereitung und bei Durchführung der Maßnahmen sowie bei späteren Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten und bei allen damit im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten eine Beeinträchtigung des Grundwassers nicht zu besorgen ist. Insbesondere sind dazu die nachfolgend genannten Nebenbestimmungen zu beachten.
2. Wegen der Lage in der Wasserschutzzone III hat der Antragsteller sicherzustellen, dass alle Tätigkeiten und Abläufe im Hinblick auf den Grundwasserschutz überwacht werden und sämtliche Arbeiten und alle damit im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten, erforderlichenfalls unter geeigneten Schutz- und Sicherungsmaßnahmen, so durchgeführt werden, dass eine Boden- und Grundwasserverunreinigung sicher ausgeschlossen ist.

Alle dort tätigen Personen und alle vor Ort tätigen Unternehmen sind jeweils vor Arbeitsbeginn auf die Lage im Wasserschutzgebiet hinzuweisen und zur besonderen Sorgfalt im Hinblick auf den Boden- und Grundwasserschutz anzuhalten. Insbesondere dürfen keine wassergefährdenden Stoffe, keine behandlungsbedürftigen Abwässer und keine Abfälle in den Untergrund oder in das nächst gelegene Gewässer gelangen. Die hier genannten Nebenbestimmungen sind den jeweils tätigen Personen bekannt zu geben.

1. Während der Bauarbeiten sind das Lagern von wassergefährdenden Stoffen (Öl, Benzin u. dgl.) sowie das Hantieren (Umfüllen, Betanken von Baufahr-zeugen usw.) mit diesen Stoffen im Schutzgebiet grundsätzlich verboten.

Sofern dies aufgrund der Größenordnung der Baumaßnahme hier nicht unter verhältnismäßigen Bedingungen praktiziert werden kann, sind zur Betankung von Arbeitsmaschinen mobile doppelwandige Baustellen-Tankanlagen mit allgemeiner bauaufsichtlicher Zulassung zu verwenden.

Für den Betankungsbereich müssen mobile medienbeständige Auffangwannen mit allgemeiner bauaufsichtlicher Zulassung verwendet werden.

Die Hinweise im Merkblatt A-068 der Berufsgenossenschaft Bau sind zu beachten.

1. An den für die Bauarbeiten eingesetzten Maschinen dürfen im Schutzgebiet weder Reparaturen noch Wartungs- oder Pflegearbeiten ausgeführt werden.

In den eingesetzten Baumaschinen, Fahrzeugen und Aggregaten dürfen nur Schmierstoffe und Hydraulikflüssigkeiten verwendet werden, die das Umweltzeichen für biologisch schnell abbaubare Hydraulikflüssigkeiten, Schmierstoffe und Schalöle tragen.

1. Das Auslaufen wassergefährdender Stoffe ist sofort der unteren Wasserbehörde der Kreisverwaltung Neuwied anzuzeigen.

Ungeachtet dessen ist belastetes Erdreich sofort auszukoffern und in dichten Behältnissen bis zur weiteren Entscheidung außerhalb des Schutzgebietes zwischenzulagern.  
Hierfür ist ein Behältervolumen von mindestens 5 m³ vorsorglich vorzuhalten.

1. In die Deckschichten darf nur in dem für die bauliche Abwicklung unabdingbaren Maße eingegriffen werden.
2. Die Verfüllung der baubedingten Arbeitsräume muss außerhalb von technischen Bauwerken mit unbelastetem Bodenmaterial gemäß den Vorgaben der §§ 6 - 8 BBodSchV erfolgen.

In Bereichen von technischen Bauwerken müssen die mineralischen Ersatzbaustoffe (MEB) zur Verfüllung von baubedingten Arbeitsräumen die Vorgaben der Ersatzbaustoffverordnung (ErsatzbaustoffV) gem. § 19 ErsatzbaustoffV i. V. m. Anlage 2 unter Beachtung der jeweiligen Einbauweise einhalten.

Die Rückstände von den Erdarbeiten, Bauabfälle, Überreste, Behältnisse oder dergleichen dürfen nicht überschüttet werden. Sie sind zusammen mit den übrigen, auf der Baustelle nicht mehr zu verwendenden, Stoffen und Abfällen ordnungsgemäß zu entsorgen.

Die bei Rückbau, Sanierung oder Reparatur technischer Bauwerke als Abfall anfallenden mineralischen Stoffe und Gemische sind nach Maßgabe des

§ 24 ErsatzbaustoffV zu handhaben. Nicht mineralische Abfälle sind nach Maßgabe der §§ 9 und 9a KrWG zu handhaben (getrennte Sammlung, Vermischungsverbot).

1. Sofern für Bodenauffüllungen Fremdmaterial erforderlich wird, darf nur unbelastetes Bodenmaterial verwendet werden, welches die bodenartspezifischen Vorsorgewerte der Bundesbodenschutz- und Altlastenverordnung (vgl. Anl. 1, Tab. 1 + 2 BBodSchV) einhält. Alternativ dürfen Bodenmaterial oder Baggergut der Klasse 0 (BM-0, BG-0) gem. Anl. 1, Tab. 3 ErsatzbaustoffV sowie natürlich anstehende Böden am Herkunftsort oder in dessen räumlichen Umfeld verwendet werden.

Auf landwirtschaftlich genutzten Flächen dürfen 70 % der jeweiligen Vorsorgewerte nicht überschritten werden.

Das Auf- oder Einbringen von Materialien auf oder in eine bestehende durchwurzelbare Bodenschicht ist in Wasserschutz- und Heilquellenschutzgebieten der Zone I und II nicht zulässig.

Die Verwendung von Fremdmaterial ist nur nach vorheriger Abstimmung mit der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz in Montabaur zulässig.

1. Die Bodenüberdeckung muss gegenüber dem ursprünglichen Geländezustand gleichwertig wiederhergestellt werden.

Die Entstehung nachteiliger präferentieller vertikaler oder horizontaler Fließwege (Drainfunktion) muss durch entsprechende Querriegel ausgeschlossen werden.

1. Sofern die Herstellung einer durchwurzelbaren Bodenschicht erforderlich ist, sind insbesondere die Vorgaben der §§ 6 und 7 der BBodSchV einzuhalten und der vorhandene, vor der Baumaßnahme abgeschobene unbelastete Oberboden zu verwenden. Sofern die vorhandenen Massen nicht ausreichen, können auch Fremdmassen gem. §§ 6 u. 7 BBodSchV verwertet werden.
2. Die Rodung ist mit möglichst kurzem zeitlichem Vorlauf zur weiteren Bautätigkeit vorzunehmen. Die Qualitätsstandards für die Durchführung von Forstbetriebsarbeiten im Staatswald des Landes Rheinland-Pfalz (Allgemeine Geschäftsbedingungen Forst - AGB Forst - in der jeweils gültigen Fassung) sind einzuhalten.

Eine Rodung einschließlich einer Entfernung der Wurzelteller ist lediglich punktuell zulässig. Im Bereich von Kurven (Überschwenkbereichen) müssen die Wurzelteller im Boden verbleiben.

1. Die Auflagen Ziffer 1. bis 11. sind in die Ausschreibung der Bauarbeiten aufzunehmen.

**Allgemeine Nebenbestimmungen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen für Windenergieanlagen außerhalb von Wasserschutzgebieten**

1. Anlagen zum Verwenden wassergefährdender Stoffe müssen dicht, standsicher und gegenüber den zu erwartenden mechanischen, thermischen und chemischen Einflüssen hinreichend widerstandsfähig sein (§ 17 Absatz 2 AwSV). Die Anlagen dürfen nur entsprechend den allgemein anerkannten Regeln der Technik beschaffen sein sowie errichtet, unterhalten, betrieben und stillgelegt werden (§ 62 Absatz 2 WHG). Dazu zählen insbesondere die in § 15 AwSV genannten Regeln, unter anderem die im DWA-Regelwerk als Arbeitsblätter veröffentlichten technischen Regeln wassergefährdender Stoffe (TRwS).
2. Transformatoren und andere Anlagenteile, in denen sich flüssige wassergefährdende Stoffe befinden, müssen nach Maßgabe des § 18 AwSV über eine flüssigkeitsundurchlässige Rückhalteeinrichtung verfügen. Das Rückhaltevolumen muss mindestens dem Volumen entsprechen, das bei Betriebsstörungen bis zum Wirksamwerden geeigneter Sicherheitsvorkehrungen freigesetzt werden kann.
3. Kann bei einer Betriebsstörung nicht ausgeschlossen werden, dass wassergefährdende Stoffe aus Anlagenteilen austreten, sind unverzüglich Maßnahmen zur Schadensbegrenzung zu ergreifen (§ 24 Absatz 1 AwSV). Die Anlage ist unverzüglich außer Betrieb zu nehmen, wenn eine Gefährdung oder Schädigung eines Gewässers nicht auf andere Weise verhindert werden kann; soweit erforderlich, ist die Anlage zu entleeren.
4. Tritt ein wassergefährdender Stoff in einer nicht nur unerheblichen Menge aus, ist dies unverzüglich der unteren Wasserbehörde der Kreisverwaltung Neuwied, der nächsten allgemeinen Ordnungsbehörde oder der Polizei zu melden (§ 24 Absatz 2 AwSV, § 65 Absatz 3 LWG). Die Verpflichtung besteht auch bei dem Verdacht, dass wassergefährdende Stoffe in einer nicht nur unerheblichen Menge bereits ausgetreten sind, wenn eine Gefährdung eines Gewässers oder von Abwasseranlagen nicht auszuschließen ist.
5. Es sind Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung sowie Maßnahmen zum Aufnehmen von Leckagen vorzusehen, beispielsweise Abschalten von Pumpen, Schließen von Absperreinrichtungen, Verwendung von Bindemitteln, Reinigung der Flächen, Abpumpen oder Absaugen aus Rückhalteeinrichtungen. Die dazu notwendigen Materialien und Hilfsmittel sind in ausreichender Menge ständig vorzuhalten.
6. Ausgetretene wassergefährdende Stoffe sind so schnell wie möglich – längstens innerhalb der maximal zulässigen Beanspruchungsdauer der Rückhalteeinrichtung – von Dichtflächen zu entfernen und ordnungsgemäß zu entsorgen. Dies gilt auch für betriebsbedingtauftretende Spritz- und Tropfverluste.
7. Die bei einer Betriebsstörung angefallenen festen oder flüssigen Gemische sind ordnungsgemäß entweder als Abfall zu entsorgen oder als Abwasser zu beseitigen.
8. Für die Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen ist eine Anlagendokumentation gemäß § 43 AwSV zu führen (d. h. zu erstellen und aktuell zu halten). Die Anlagendokumentation ist nach Maßgabe von TRwS 779 Abschnitt 10.3 Absatz 2 zusammenzustellen. Damit ist die Zusammenstellung aller Unterlagen gemeint, die für die Anlage wichtig sind, wie z. B. Genehmigung nach Bau- oder Bundesimmissionsschutzrecht, Sicherheitsdatenblätter der wassergefährdenden Stoffe, Einstufungen von Gemischen, Nachweis der Flüssigkeitsundurchlässigkeit der Rückhalteeinrichtungen, Nachweise der Widerstandsfähigkeit der Pumpen und Leitungen für Instandsetzungsmaßnahmen. Sie ist bei einem Wechsel des Betreibers an den neuen Betreiber zu übergeben.
9. Das Merkblatt zu Betriebs- und Verhaltensvorschriften beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen nach Anlage 4 AwSV ist an gut sichtbarer Stelle in der Nähe der Anlagen der Gefährdungsstufe A dauerhaft anzubringen (§ 44 Absatz 4 AwSV).
10. Nach Maßgabe des § 44 AwSV ist für die Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (ausgenommen Anlagen nach § 44 Absatz 4) eine Betriebsanweisung vorzuhalten. Darin zu regeln sind insbesondere alle wesentlichen Maßnahmen der Betreiberkontrollen, der Instandhaltung, der Instandsetzung, der Notfallmaßnahmen und der Prüfungen. Die zu treffenden Maßnahmen vor, während und nach dem Abfüllen sowie die beim Austritt wassergefährdender Stoffe erforderlichen Maßnahmen im Sinne von § 24 AwSV sind, abweichend von § 44 Abs. 4 AwSV, als zusätzliche Sicherheit auch bei Anlagen der Gefährdungsstufe A in einer Betriebsanweisung zu regeln. Die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten sind festzulegen. Die Betriebsanweisung ist auf Grundlage der Anlagendokumentation zu erstellen. Sie muss dem Betriebspersonal der Anlage jederzeit zugänglich sein. Das Betriebspersonal der Anlage ist regelmäßig zu unterweisen. Einzelheiten zu Aufbau und Inhalt der Betriebsanweisung können TRwS 779 Abschnitt 10.2 entnommen werden.
11. Die Dichtheit von Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und die Funktionsfähigkeit deren Sicherheitseinrichtungen sind regelmäßig zu kontrollieren (§ 46 Absatz 1 AwSV). Festgestellte Mängel sind zeitnah und – soweit nach § 45 AwSV erforderlich – durch einen Fachbetrieb nach § 62 AwSV zu beseitigen.
12. Die einsehbaren Anlagenteile der primären Sicherheit (z. B. Behälter, Rohrleitungen) und der sekundären Sicherheit (Rückhalteeinrichtungen) sind regelmäßig visuell auf ihren Zustand hin zu kontrollieren, insbesondere auch die Fugen oder Schweißnähte von Dichtflächen und sonstigen Rückhalteeinrichtungen.
13. Umlade- und Abfüllvorgänge sind regelmäßig visuell auf Leckagen zu kontrollieren. Leckagen sind unverzüglich zu beseitigen. Für den Austausch von Betriebsstoffen sind beim Abfüllen von der Geländeoberfläche ausgehend entsprechend lange, feste oder flexible Rohrleitungen notwendig. Wegen des sehr hohen statischen Drucks sind für Pumpen und Leitungen besondere Nachweise der Widerstandsfähigkeit erforderlich. Es ist zu prüfen, ob die Rohrleitungen im Inneren des Turms verlegt werden können, damit wassergefährdende Stoffe bei Undichtheiten nicht in die Umwelt gelangen.
14. AwSV-Anlagen in Windkraftanlagen sind nach Maßgabe des § 46 Absatz 2 i. V. m. Anlage 5 AwSV durch einen Sachverständigen im Sinne des § 2 Absatz 33 AwSV prüfen zu lassen.

Sofern sich Änderungen in der Planung und Ausführung ergeben ist eine erneute Beteiligung erforderlich. Zusätzliche Auflagen oder deren Änderung bleiben hierbei ausdrücklich vorbehalten.

Bei Fragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

(Theresa Forst)

Zeitaufwand: 1,5 h geh. Dienst

2) H. Grün vor Abgang z. K. gez. per E-Mail / bespr. am 16.01.2024

3) z.d.A. WSG-Akte bei Fo